Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 18.08.2011

Bebauungsplan "33. Änderung Im Laukesgarten" (Rudolf-Diesel-Straße 8); vorherige Drucksache VIII/0989 Satzungsbeschluss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die eingegangenen Anregungen aus der durchgeführten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß den in Anlage 1 vorgelegten Beschlussvorschlägen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Bebauungsplan „33. Änderung Im Laukesgarten“, in der Fassung vom 21.09.2010, unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu 1.) gemäß § 10 BauGB als Satzung.

Ebenso wird die zum Bebauungsplan gehörige Begründung beschlossen.

Sachverhalt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 27.01.2011 den mit Drucksache VIII/0989/3 vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes „33. Änderung Im Laukesgarten“ vom 21.09.2010 beraten und als Auslegungsentwurf anerkannt. Zweck der Bauleitplanung ist die planungsrechtliche Sicherung der Überbauung der bisher als Grünfläche festgesetzten Grundstücksfläche mit Wohngebäuden.

Da der Bebauungsplan die Kriterien des § 13 a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) erfüllt, erfolgt die Bebauungsplanänderung nach den Vorschriften des „beschleunigten Verfahrens“, so dass auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung verzichtet wurde. Die öffentliche Auslegung des Entwurfes, bekannt gemacht im Wochenkurier vom 24.02.2011, erfolgte vom 07.03.2011 bis 08.04.2011. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Anschreiben vom 22.02.2011 und Fristsetzung am Verfahren beteiligt.

Nach Abschluss der Auslegung und Eingang der Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist das Verfahren für den Bebauungsplan mit dem Satzungsbeschluss nach § 10 BauGB abzuschließen.

Drucksache IX/0108/1

Die Beschlussempfehlung der beauftragten Planer vom 10.05.2011 und die sich daraus ergebenden Ergänzungen und Änderungen zu den Planungsinhalten berühren nicht die Grundzüge der Planungen und bleiben somit ohne Einfluss auf den Verfahrensablauf, so dass die Verfahrensfortführung nach BauGB empfohlen wird.

Der Sachverhalt wurde am 19.07.2011 im Magistrat beraten.

- Rohrbach -
Bürgermeister

Anlagen:

1. Zusammenstellung der Anregungen mit Beschlussvorschlag des verfahrensbeauftragten Planungsbüros „Planungsteam“ in der Fassung vom 10.05.2011 zum Bebauungsplanverfahren (5 Seiten)
2. Kopien der eingegangenen Stellungnahmen
3. Auszug aus dem ersten Entwurf des Bebauungsplanes mit textlichen Festsetzungen sowie Begründung in der Auslegungsfassung vom 21.09.2010